

**Projektland: Slowakei****Quartal/Jahr: Juli – September 2010****Schlagzeilen:****Die ersten drei Monate der Mitte-Rechts-Regierung**

Drei Monate nach der Parlamentswahl 2010 hat die Slowakei eine funktionsfähige Mitte-Rechts-Regierung, die in dieser kurzen Zeit schon Folgendes hinter sich hat: Abschied von Teilen ihres Wahlprogramms, eine unglückliche Causa „Hayek“, ein getrübtetes Verhältnis zur EU und ein erfolgloses Referendum. Die zwischen den regierenden Parteien herrschende Meinungsinkonsistenz hat sich vorerst, trotz Behauptungen der Opposition, angeführt vom Vorsitzenden der Partei SMER - Róbert Fico, noch zu keiner tieferen Krise entwickelt. In Bezug auf die Regierungserklärung macht der Oppositionsführer R. Fico auf die Abweichung der Koalition von den Wahlversprechen und auf die angebliche Gefährdung der sozialen Sicherheiten der Bevölkerung aufmerksam. In diesem Zusammenhang weist die Opposition vor allem auf die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 % auf 20 %, auf das Verbot des gleichzeitigen Bezugs einer Rente und eines Lohns bei der Beschäftigung in den Organen der öffentlichen und staatlichen Verwaltung, auf die Einschränkung der Privilegien von Gewerkschaften, die systemlose Lösung der öffentlichen Finanzen, die schlechte Sparpolitik und auf die wechselnden Stellungnahmen in einigen prinzipiellen Fragen (wie z.B. Zuschuss bei Geburt eines Kindes, Ausnahmen für eine niedrigere Mehrwertsteuer für Medikamente und Bücher) hin.

Zu diesen unklaren Stellungnahmen kam die von der Koalition als eine „ethisch“ bezeichnete Causa – genannt „Hayek“ hin, die den angeblichen Interessenkonflikt der zwei Staatssekretäre aus den Parteien SaS und Most-Híd im Wirtschaftsministerium bei der Unterzeichnung des Kontraktes mit der Gesellschaft Hayek Consulting (wo beide Staatssekretäre tätig waren) in Höhe von 8.100,- Euro mit der Nationalagentur für die Entwicklung von kleinen und mittelständischen Unternehmen betrifft. Die Opposition, aber teilweise auch die Öffentlichkeit, tadelt die Premierministerin Iveta Radičová (SDKU) in Bezug auf die Änderung ihrer Stellungnahme: Erst stellt sie hart den Interessenkonflikt fest und fordert von ihren Koalitionspartnern die Einleitung von Personalfolgen, dann reicht sie eine Erklärung nach, dass dieses „ethisches Problem“ eine interne Angelegenheit der betroffenen Parteien sei.

Ein wesentlich wichtigeres Problem im Anfangsauftritt der aktuellen Machtkoalition scheint die Einstellung des Ausbaus vom Autobahnsteil D1 in einer Länge von 75 Kilometer zu sein, welchen der neue Minister für Verkehr, Ján Figel, wegen Unklarheiten in der Finanzierung des Ausbaus in Form eines, von der R. Ficos Regierung vorbereiteten Privat-Partnership-Projektes entschieden hat. Dieser Entscheidung ist die Erklärung aus dem

Regierungsprogramm über die Finanzierung des Ausbaus von Autobahnen aus verschiedenen Quellen vorangegangen. Laut dem SMER-SD-Vorsitzenden Róbert Fico ist diese Entscheidung die unglücklichste Entscheidung, die von der Regierung getroffen werden konnte und sie sei auch ein weiterer Grund für die Staatstrauer in der Slowakei. "In der Praxis bedeutet es eine Hinauszögerung des Ausbaus um einige Jahre", sagte der SMER-SD-Parteivorsitzende Robert Fico, und dass mit der Einstellung dieses Projektes die Regierung zugleich das Wirtschaftswachstum der Slowakei gefährde. Eine schlechte Nachricht, laut R. Fico, sei die Einstellung vor allem für den Osten des Landes. "Es wird wieder die Belebung der Regionen hinausgezögert und einige Tausende Menschen verlieren ihre Arbeit", behauptete der SMER-SD-Vorsitzende. Laut Opposition werden die Folgen dieses Schrittes u.a. die Steigerung der Arbeitslosigkeit und die Vertiefung der Wirtschaftskrise sein. Laut Opposition ist der Regierung nicht klar, wie der Ausbau von Autobahnen fortzusetzen wäre.

Die meisten Vorschläge der neuen Regierung werden aber von der Öffentlichkeit mit Verständnis angenommen. Die Premierministerin hat schon vor der Verabschiedung der Programmthesen die Erhöhung der Lebensqualität der Menschen in der Slowakei, die Gesundung der öffentlichen Finanzen, die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, den Kampf gegen Korruption und eine Verbesserung des Zuganges zur Gerechtigkeit zu Hauptzielen ihres Kabinetts erklärt. Im Vergleich mit der letzten Regierung werden diese Ambitionen in der Öffentlichkeit nicht nur kommentiert, sondern auch als eine „grundsätzliche und positive Änderung des Regierungsstils“ wahrgenommen.

Im Bereich des politischen Handelns strebt die Regierung von I. Radičová grundsätzliche Veränderungen an. Es betrifft vor allem die Reform der öffentlichen Vergabe – Veröffentlichung aller Verträge, Rechnungen und Finanztransaktionen betreffend die öffentlichen Mittel im Internet – als Bedingung ihrer Gültigkeit. Die Regierung will auch alle früheren Geschäftsverträge veröffentlichen, in denen eine der Vertragsparteien der Staat, Organe der öffentlichen Verwaltung oder Gesellschaften mit einer 100% Staatsbeteiligung sind. Im Bereich der Finanzen ist die Ambition der Regierung die Verabschiedung eines Verfassungsgesetzes zum auf mittlere Sicht ausgewogenen Staatshaushalt und eines Verfassungsgesetzes über die Fiskalregel für die öffentliche Bruttoverschuldung. Sie möchte die Einheitssteuer einhalten, ihren Prozentsatz nicht erhöhen, die Wertmarken auflösen und für jede Behörde die Pflicht einführen, Bargeldzahlungen, Zahlungen mit Kreditkarten oder in Form einer Banküberweisung anzunehmen.

Ambitiös ist auch das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Regierung:

Im Arbeitsmarktbereich beabsichtigt sie Folgendes umzusetzen: Herabsetzung der Arbeitgeberaufwendungen beim Mehrfachbezug, der Kündigungsfrist und der Abfindung; Überstunden nach Vereinbarung mit dem Arbeitnehmer; Abschluss von gegenseitigen Vereinbarungen zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die Lösung der operativen Änderungen der Arbeitsbedingungen; Verstärkung der Stabilität des Rentensystems, Erhöhung des Steuerfreibeträge von 100% für jedes Kind bis 6 Jahren, usw.

Im Gesundheitswesen beabsichtigt die Regierung den Druck über Krankenkassen auf die medizinischen Dienstleister in Richtung Effizienz und Qualität auszuüben, wobei sie das Interesse ihrer Versicherten –ihrer Patienten zu schützen haben.

Im Zusammenhang mit den diesjährigen Überflutungen beabsichtigt die Regierung eine Strategie der flutvorbeugenden Maßnahmen in der Slowakei zu erarbeiten. Für den Fertigbau von flutvorbeugenden Systeme will sie vor allem die Strukturfonds der EU und im Rahmen der Regionalzusammenarbeit die Programme der Ostpartnerschaft der EU nutzen.

In der Wirtschaftspolitik beabsichtigt das Kabinett von I. Radičová klare Regel für Investitionsstimuli mit Begünstigung der Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit oder für die Investitionen mit höherem Mehrwert einzuführen.

Im Bereich der Innenpolitik wird die Öffentlichkeit vor allem die Angleichung der Bedingungen für alle Wahlarten in der Slowakei aufgrund eines Wahlgesetzes und die Einführung der Regel – nur ein Mandat pro Abgeordneten (Nationalrat / Europäischen Parlaments) – schätzen.

Die Thesen des tapferen, im Parlament verabschiedeten Regierungsprogramms können sich zunächst auf die Programmabstimmung in der Koalition intern stützen, aber werden auch einer strengen Kontrolle durch die Opposition ausgesetzt, die schon jetzt vor dem Widerspruch zwischen Versprechen und Taten der heutigen Regierung in der Slowakei warnt. Einen Krisenfaktor kann auch die Spannung in der Koalition selbst, vor allem zwischen SaS und den sonstigen Parteien (SDKÚ, Most-Híd, KDH) darstellen, die aber ein gemeinsames Programm aller vier Koalitionsmitglieder zunächst nicht gefährdet und sich nur auf die Kritik einiger ethischer Aspekte im Zusammenhang mit der politischen Kultur von SaS bezieht. Ein interessantes Signal in diese Richtung war auch das erfolglose Referendum (18. September 2010) initiiert von der SaS, an dem fast eine Million Bürger teilnahmen. Es wurde aber die notwendige Teilnehmerzahl gar nicht erst erreicht. Damit ist die SaS sowohl den Vorwürfen der Verschwendung von öffentlichen Mitteln für ein vergebliches Plebiszit, insbesondere in Hinblick auf die im Referendum gestellten Fragen, von denen einige zur legitimen Agenda der Regierung gehören (Einschränkung der Immunität von Abgeordneten, Anpassung des Pressegesetzes, öffentliche Beschaffung, Reduktion der Abgeordnetenzahl im Nationalrat der SR, Wahl per Internet) als auch den Vorwürfen wegen des Missbrauches des Referendums zur eigenen Präsentation, als Unterstützungsmittel für die parteilichen Zwecke, ausgesetzt. Eine Million Referendumsteilnehmer verpflichtet aber „mindestens moralisch“ die Regierung von I. Radičová, den Referendumsfragen und deren Auswertung eine erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

Aus der Sicht der internationalen Beziehungen trug zwar die Wahl zur Verbesserung des Bildes der Slowakei als eines demokratischen Landes bei (der ehemaligen Regierung von R. Fico wurden die Mängel im Bereich der Zuverlässigkeit, ein hohes Maß an Korruption, Probleme in der Justiz, keine Transparenz bei der Nutzung von öffentlichen Finanzen und Missbrauch von öffentlichen Mitteln, usw. vorgeworfen). Auf der anderen Seite wurde die Ablehnung der neuen Regierung, den vereinbarten Teil (ca. 800 Mio. Euro) zur Lösung der Schuldenkrise in Griechenland beizutragen, von den EU-Partnern als eine Verletzung der Verpflichtungen, auch als eine Absenz der Elementarsolidarität mit den Ländern der Eurozone wahrgenommen. Die Argumente der ärmeren Slowakei, die sich es nicht leisten kann, das reichere Griechenland zu sponsern, wurden seitens der „Eurozone“ mit keinem Verständnis aufgenommen. Ob sich diese indirekten Vorbehalte Brüssels auf die Position der SR in der europäischen Szene auswirken werden, zeigen in der Zukunft vor allem die Taten der neuen Regierung und in ihrer Fähigkeit, die Erwartungen ihrer Wähler zu erfüllen sowie die Verpflichtungen gegenüber den EU-Partner einzuhalten.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: DIPL.-ING. EDUARD BURAS
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.: +49 (0)89 1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
ERSTELLT AM: 1.10.10